

lichen Folgen sind immens. Auch wenn die eine oder andere Coronamaßnahme zur Stützung der Wirtschaft notwendig war, wären die frühzeitige Öffnung und ein Ende der Dauerpanikmache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die besten Maßnahmen gewesen.

Die AfD hat frühzeitig anhand der Fakten gezeigt, dass die Notwendigkeiten nicht bestehen. Aber das sickert nur langsam in die Erkenntnis der Altparteien. Immerhin wird der Rettungsschirm hier aufgelöst, weil erkannt wurde, dass man ihn nicht braucht. Das ist der sachpolitische Meilenstein, den dieses Gesetz für sich markiert.

Weiter mit der Haushaltsseite: In der Folge des Gesetzes ist das Geld, das im Topf war, jetzt frei und fließt in den allgemeinen Haushalt. Wir sind auf der zweiten Stufe angekommen. Das Geld kommt dann über einen zweiten Topf, den ich einmal als Zwischenlager bezeichne, in einen dritten Topf. Der dritte Topf ist für die Bewältigung der neuen Krise, der Energiekrise, bestimmt.

Zweite Beziehung zur Sachpolitik: Die in Bund und Land regierende Vierfältigkeit – von den Grünen über CDU und SPD bis zur FDP – spielt sich als Retter in der Krise auf. Sie behauptet, die Krise bestehe nur wegen des Ukraine-Krieges. Sie hat aber die Grundlagen dafür selbst gelegt. „Die dümmste Energiepolitik der Welt“ – ich zitiere die US-Qualitätspresse – wurde von CDU, SPD, Grünen und auch der FDP bekanntlich gemeinsam gemacht. Es wurden die besten Kernkraftwerke der Welt stillgelegt und dann hinterher noch der Kohleausstieg beschlossen. Das bedeutete schon lange vor dem Krieg die höchsten Strompreise der Welt für den Bürger in Deutschland. Den dritten Topf würden Sie sich größtenteils sparen, wenn Sie Ihre Energiewende ins Nichts abblasen würden.

Zurück zum Haushalt, Stichwort „dritter Topf“: Jetzt wird es interessant; denn der erste und deswegen auch der zweite Topf waren mit Krediten finanziert. Damit ist es der dritte Topf ebenso. Aber das Verfassungsgericht Nordrhein-Westfalen sagt, das Geld, das in einen Topf wie den dritten fließt, dürfe nicht aus Krediten stammen. Das Ergebnis unseres kleinen Weges vom Dunklen ins Hellere lautet also: Das vorliegende Gesetz sorgt indirekt dafür, dass der demnächst zu beschließende Haushalt vermutlich in Teilen nicht nur rechtswidrig, sondern sogar verfassungswidrig ist.

Verfassungsgemäß wäre, wenn man mit dem Geld aus dem dritten Topf Schulden zurückzahlen würde. Die AfD zieht diesen verfassungsgemäßen Weg vor. Aber das ist von der Regierung nicht zu erwarten. Man kann das Coronasondervermögen haushaltstechnisch auf dieses Gesetz beschränkt so beenden. Die AfD wird aber dem Weg zu einem verfassungswidrigen Haushalt nie zustimmen.

Wir fordern von der Regierung: Beenden Sie die Energiewende ins Nichts. Halten Sie den Haushalt verfassungsgemäß. Entlasten Sie kommende Generationen von Schulden.

Der Überweisung an den Ausschuss stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Wir sind am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 18/1501 an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen jetzt zu:

## 7 Mehr Hochwasserschutz für NRW: Pegelmessnetz erweitern und Daten vernetzen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1689

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragsstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Herrn René Schneider das Wort.

**René Schneider (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon wenige Wochen nach der Starkregenkatastrophe vom Juli 2021 war klar, dass das Pegelmessnetz in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichte, um die Entwicklung der Hochwasserlage vorhersagen zu können. Im Umweltausschuss des Landtags konstatierte Frau Ministerin Heinen-Esser bereits am 9. August 2021 – ich zitiere –:

„Bei den kleinen Flüssen fehlt uns aber die tatsächliche Prognose. Das ist das erste Ziel, das wir erreichen müssen: [...]“

Mein sehr geschätzter Kollege Herr Dr. Ralf Nolten ergänzte – Zitat –:

„Deswegen brauchen wir in der Tat ein neues Messsystem, sodass wir auch an den kleineren Flüssen über Radarmessungen immer genau wissen, wie sich dort die Pegel verändern, um eine frühzeitige Warnung zu erhalten.“

Das wird einzelne Sachschäden nicht verhindern, aber zumindest wird es helfen, Personenschäden

zu verhindern. Das ist, denke ich, das zentrale Anliegen.“

Das ist das Ende Ihres Zitates, sehr geehrter Herr Dr. Nolten.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Hört, hört! – Heiterkeit bei Dr. Ralf Nolten [CDU], der gerade den Platz gewechselt hat.)

– Herzlich willkommen im Plenum.

(Widerspruch von der CDU)

Nur hat sich leider bis heute beim Ausbau des Pegelmessnetzes wenig bis gar nichts getan. Das stellen nicht wir fest, sondern ein Bericht der Landesregierung, der uns im Umweltausschuss gegeben wurde. Es wurde seit Juli 2021 keine einzige neue Pegelmessstelle an einem kleinen oder mittleren Fluss installiert. Selbst das über die Jahre ausgedünnte Bestandsnetz ist bis heute nicht komplett instand gesetzt. 37 Stationen sind nicht automatisiert bzw. nicht wieder automatisiert und redundant. So steht es im Bericht.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Es funktioniert aber! – Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Aber es funktioniert!)

Mittlerweile nehmen Städte wie Altena die Sache selber in die Hand und installieren Pegelmessstellen auf ihren Stadtgebieten. Gewerbebetreibende investieren in Sensoren, die Veränderungen der Pegel messen. Auch die Wasserverbände haben in neue Anlagen investiert.

Was liegt also näher, als alle diese Initiativen ideell und finanziell zu unterstützen und anschließend miteinander zu vernetzen? Dazu braucht es einheitliche Datenstandards und die Bereitschaft, gemessene Daten nicht als unteilbaren Besitz anzusehen, sondern sie der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das ist, vor allem was die Datensätze des Landes und der Kommunen angeht, ganz im Sinne der Open-Data-Strategie von NRW.

Zentraler Punkt bleibt aber die Notwendigkeit, dass das Land sein eigenes Pegelmessnetz erheblich ausweitet. Wo das erfolgen soll, hat hoffentlich das uns für Ende Oktober angekündigte Gutachten aufgezeigt, das uns als Abgeordneten bislang nicht vorgelegt wurde.

Wir sind da noch im Gespräch mit dem Ministerium; das wird aber sicherlich noch erfolgen. Aber sei's drum: Immerhin haben Sie sich auf unsere Nachfrage hin darum gekümmert, auch einen Etat für den Ausbau des Pegelmessnetzes an kleinen und mittleren Flüssen im Haushalt 2023 vorzusehen.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Herr Kollege Schneider, es gibt eine Zwischenfrage vom Kollegen Herrn Rüste. Lassen Sie die zu?

**René Schneider (SPD):** Immer gern.

**Norwich Rüste\*** (GRÜNE): Es freut mich sehr, dass Sie die Zwischenfrage erlauben. Es ist gerade ein bisschen der Eindruck entstanden, als ob das Messnetz in Nordrhein-Westfalen nicht funktionieren würde. Ich habe an Sie die simple Frage, Herr Kollege, ob Sie mit mir übereinstimmen, dass die Messstellen insoweit wieder in Ordnung gebracht worden sind, als die Messwerte abgefragt werden können und das Netz insofern auch funktioniert.

**René Schneider (SPD):** Ich gehe insofern mit Ihnen d'accord – da zitiere ich das, was uns vom Ministerium vorliegt –, als das ausgedünnte Pegelmessnetz, das es vor der Katastrophe gab, insoweit wieder in Ordnung ist, als etwas gemessen wird. Ich zitiere aber aus meiner eigenen Rede und damit aus Ihrem Bericht:

(Zuruf von der CDU)

37 Stationen sind bis heute nicht wieder automatisiert und nicht redundant. Das heißt, sie sind nicht katastrophensicher, Herr Rüste, und darum geht es uns doch. Damit kann ich an dieser Stelle mit meiner Rede weitermachen.

In Ihren Antworten auf unsere Fragen zum Etat 2023 im Umweltausschuss schreiben Sie, sehr geehrter Herr Minister, dass für den Ausbau des Messnetzes – darüber müssen wir auch langsam mal reden, also nicht nur über die alten Klamotten, sondern auch über den Ausbau, der ja so wichtig war, wie unter anderem Herr Dr. Nolten gesagt hat – zusätzlich 5 Millionen Euro jährlich gemeldet worden seien. Vielen Dank dafür; das ist wirklich ein guter Zug.

Die Maßnahmen aber – das ist in Ihrem Bericht einschränkend nachzulesen, Herr Krischer – würden nach Dringlichkeit und Wichtigkeit priorisiert und vorbehaltlich der Mittelverfügbarkeit aus den Hochwasserschutzmitteln in der TG 66 finanziert. Genau da liegt doch das Problem: Ohne eigenen Titel für den Ausbau des Pegelmessnetzes kann es passieren, dass am Ende eben nicht genug Geld im großen Topf ist, um endlich mehr Messnetzstellen an kleinen und mittleren Flüssen zu installieren.

Die Schaffung eines eigenen Haushaltstitels, wie wir ihn im Antrag fordern, würde an dieser Stelle auch Ambitionen zum Ausdruck bringen. Zwar erhöhen Sie den Ansatz in der Titelgruppe 66, also dem Hochwasserschutz, um weitere rund 13 Millionen Euro,

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Das ist nicht schlecht, oder?)

aber um diese Mittel konkurrieren zig Maßnahmen des Hochwasserschutzes. Welches Prinzip soll denn da gelten: Wer zuerst kommt, malt zuerst, oder wer die meisten Stellen besetzt hat, kann die meisten

Fördergelder abrufen? Wenn Sie also schon jetzt einschränken, dass die Mittelverfügbarkeit fraglich ist oder ein Problem werden könnte, läuft doch grundsätzlich etwas falsch.

Kalkulieren Sie stattdessen doch bitte die Mittel so, dass sie passen. Das geht nämlich, weil die Deichverbände als größte Mittelempfänger im Fahrplan Deichsanierung doch ganz genau kalkulieren und Ihnen sagen können, was sie ausgeben. Stand 31. Oktober 2022 sind auch erst zwei Drittel der Mittel verausgabt. Wir sind gespannt, ob sich hieran noch viel ändert; im Jahr 2021 blieben schließlich Mittel liegen. Das Geld ist also da. Die Forderung, einen Titel für die Messnetzstellen zu schaffen, und die Erläuterung, mindestens 5 Millionen Euro zu sichern, sind also machbar.

Wir haben die notwendigen Punkte kurz und knapp in diesem Antrag aufgeschrieben.

(Andreas Keith [AfD]: Die Betonung liegt auf „kurz“!)

– Das kann gerne noch viel epischer werden, denn ich hoffe, dass wir darüber im Umweltausschuss noch ins Gespräch kommen werden und vielleicht sogar einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen auf den Weg bringen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Glückauf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD und Dr. Patricia Peill [CDU])

**Präsident André Kuper:** Wir haben hier ein technisches Problem; ich muss ein bisschen improvisieren. – Vielen Dank, Herr Schneider. – Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Nolten.

**Dr. Ralf Nolten** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion zum heutigen Antrag bietet im Vergleich zur Pressemitteilung vom 19. Oktober nichts Neues. Damals ging es um einen von der SPD beantragten Bericht zum Pegelnetz NRW. Zu der von Alarmismus getriebenen Falschaussage, es seien Hochwassermeldepegel noch nicht in einem funktionsfähigen Zustand, zitiere ich jetzt doch gerne einen Satz aus der Vorlage 18/228:

„Diese Pegel wurden nach dem Hochwasser kurzfristig zumindest in einen für die Hochwasserwarnung geeigneten Zustand versetzt, so dass alle Hochwassermeldepegel hierzu derzeit zur Verfügung stehen.“

Die unterschiedlichen Anforderungen an die Wiederherstellung von Hochwasserpegeln und gewässerkundlichen Pegeln, an redundante in Echtzeit übertragene Meldungen sind von der Präsidentin des LANUV vorgestellt worden. Das bisherige klassische

Hochwasserwarnsystem basiert auf wenigen Pegelmessungen und Niederschlagsabflussmodellen. Es ist gut geeignet für große Einzugsgebiete wie beim Rhein oder der Mosel.

Das System kann, so der Bericht, erweitert werden. Hierfür soll kurzfristig ein Ausstattungskonzept vorgelegt werden, um Informationen von weiteren einfachen Wasserstandsmessungen bis hin zu den Hochwassermeldepegeln zu erhalten – womöglich auch betrieben durch Kommunen und Gewässeranlieger.

Warum aber führt der Bericht nun aus, dass bei den Wasserverbänden als den zentralen Akteuren nur wenige klassische Pegel in der Planung sind? Weil dieses System zu träge ist und zu spät Informationen für die Warnung der Menschen liefert. Gründe für die schnelle Abflussreaktion in den Mittelgebirgslagen liegen in der typischerweise dünnen Bodenschicht auf Festgestein, der steilen Topografie und der hohen Vorbodenfeuchte.

Bei der Juli-Flut kam das Wasser nach einem anhaltenden großflächigen Starkregen über die Fläche als Hangwasser, aus dem Grund und von vielen kleinen Bächen. Was das nun notwendige Pegelmessnetz an den kleinen und mittleren Bächen und Flüssen angeht, habe ich im Ausschuss die Zielsetzung und Rahmenbedingungen eines Forschungsprojektes, welches schon im August 2021 von den Projektbeteiligten und der Ministerin Heinen-Esser skizziert worden ist, ausgeführt.

Dies für die Hochwasserwarnung so wichtige Projekt findet in Ihrem Antrag keine Erwähnung. Das ist bemerkenswert: Entweder haben Sie nicht zugehört oder den Gesamtzusammenhang schlicht und einfach nicht verstanden.

(René Schneider [SPD]: Sie erklären das immer so schön!)

Im Projekt Hochwasser- und Überflutungsprognose-system für kleine und Mittelgebirgseinzugsgebiete erfolgt für das Einzugsgebiet von Vicht und Inde eine Ergänzung der drei bisherigen Pegel mittels 100 Low-Cost-low-Power-Sensoren, die auf Druck und/oder Ultraschallmessung beruhen. Eine möglichst hohe Redundanz und eine plausible Netzbildung sind das Ziel.

Die auf einem zentralen Server eingehenden Wasserstandsdaten werden vor einer weiteren Nutzung einer automatisierten Plausibilitätsprüfung und Qualitätssicherung unterzogen bis hin zur Ersatzwertbildung.

Neben den eigentlichen Messdaten wird auch der betriebliche Zustand der Sensoren überwacht mittels Kontrolle von Versorgungsspannung und Signalstärke. Nicht die gewonnenen, sondern die verrechneten Daten und ihre Interpretation sind wichtig für die Warnung. Via 450-MHz-Technik werden die Daten an einen zentralen Server übermittelt. Dann

werden mit einem hydrologisch-hydrodynamischen Modellsystem viele Trainingsdatensätze, digitale Zwillinge, für die KI erzeugt. Dies dient dann auch der Bestimmung der Sensorenstandorte.

Niederschlagsdaten von 18 Bodenstationen, der LANUV, des DWD und des Wasserverbands werden ebenso einbezogen wie die Bodenfeuchtedaten des Forschungszentrums Jülich. Im Ergebnis werden dann Wasserstandsprognosen für gefährdete Siedlungen erstellt, und diese realen Messdaten validieren später das trainierte KI-System.

Der umfassende Ansatz bedarf Entwicklungszeit, zwei Jahre für die Entwicklung, ein Jahr für den Testbetrieb, die Validierung und die Erhöhung der Robustheit. In das Projektteam eingebunden werden landesbehördliche Hochwassermelddienste und örtliche Katastrophenschutzeinrichtungen. Sie sehen, die Perspektive Ihres dünnen „Anträgelchens“ greift bei Weitem zu kurz.

Zum finanziellen Rahmen: Er ist von 13 auf 90 Millionen Euro erhöht worden. Mehr Geld für den Hochwasserschutz gab es noch nie. Deswegen ist der Eindruck, den Sie hier erwecken, es gäbe kein Geld für den Ausbau des Pegelnetzes, einfach unredlich, unsachlich, und es zeigt Ihren ganzen Populismus. Und das werden wir in der Diskussion noch einmal ganz deutlich herausarbeiten, Herr Schneider.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Nolten. – Für die Fraktion der Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Vogelheim.

**Astrid Vogelheim (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das schreckliche Hochwasser im Juli 2021 hatte großes Leid zur Folge. Allein NRW hatte 49 Todesopfer zu beklagen. Die immensen Schäden sind noch heute, mehr als ein Jahr nach der Katastrophe, sichtbar. Umso wichtiger ist es, dass wir alles dafür tun, die Bürgerinnen und Bürger, Städte und Kommunen vor einer weiteren Katastrophe, verursacht durch den menschengemachten Klimawandel, besser zu schützen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Erst Ende Oktober konnten wir uns bei unserem gemeinsamen Besuch des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in den Städten Altena und Hagen ein Bild von den massiven Auswirkungen des Jahrhunderthochwassers machen. Diese Orte stehen stellvertretend für dieses unfassbare Phänomen, dass aus eher kleinen Bächen durch die andauernden Niederschläge, gepaart mit örtlichen Starkregenereignissen, reißende Fluten werden.

Hänge, sogar Straßen wurden weggespült, und die Evakuierung auch älterer und körperlich eingeschränkter Menschen gelang dort nur noch mühselig zu Fuß. Diese neue Gefahr müssen wir im Blick haben. Da ist der Ausbau des Pegelmessnetzes ein ganz elementarer Baustein, um Menschenleben retten zu können.

Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, lässt jedoch einige Fakten außer Acht. Alle beschädigten Messstellen wurden bereits wiederhergestellt, und Umweltministerium und LANUV arbeiten bereits mit Hochdruck am Ausbau des Pegelmessnetzes. Im Nachtragshaushalt 2022 und auch im Haushaltsentwurf 2023 hat die schwarz-grüne Landesregierung wichtige Weichen für die Umsetzung gestellt. Hier verweise ich auf die erheblichen personellen Aufstockungen in den Fachbehörden und Bezirksregierungen wie auch auf die Erhöhung der Sachmittel. Davon sind selbstverständlich auch Mittel für das Pegelmessnetz vorgesehen. Der Netzausbau braucht Tempo. Da stimme ich Ihnen zu. Aber hier geht es auch um Sorgfalt.

Was wir brauchen, ist ein gutes und intelligentes Konzept, um die Daten aller Stellen, auch von Dritten wie den Wasserverbänden, Kommunen und Gewässeranliegern, miteinander zu vernetzen.

**Präsident André Kuper:** Frau Kollegin, ich muss Sie gerade einmal stören. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD-Fraktion. Lassen Sie die zu?

**Astrid Vogelheim (GRÜNE):** Gerne, ja.

**Präsident André Kuper:** Dann haben Sie das Wort, bitte.

**René Schneider (SPD):** Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich höre jetzt vom zweiten Redner der regierungstragenden Fraktionen, dass alle alten Pegelmessnetzstellen wiederhergestellt seien.

Stimmen Sie mit mir überein, weil wir auch im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gemeinsam über das gleiche Thema sprechen, dass im Bericht deutlich gesagt wird, dass 37 Stationen nicht wieder automatisiert und vor allen Dingen nicht redundant wiederhergestellt sind und damit diese Stationen nicht katastrophensicher sind, weil – wie wir es im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gerade gehört haben – gerade die Redundanz dafür eine wesentliche Rolle spielt?

**Astrid Vogelheim (GRÜNE):** Ihrem ersten Teil stimme ich zu. Sie stehen noch nicht automatisiert

wieder zur Verfügung. Aber mit etwas höherem Personalaufwand funktionieren sie, und sie werden jetzt endgültig wiederhergestellt. Aber sie sind bereit, um im Katastrophenfall Meldungen zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

Wichtig sind dabei genaue Kriterien und einheitliche Standards, um Pegelstandorte zu identifizieren. Vorhandene Daten sollen für alle Beteiligten besser verfügbar und nutzbar sein. Das legen auch Sie in Ihrem Antrag nahe.

Aber die von Ihnen geforderten Verknüpfungen und Vereinheitlichungen von Daten und Messstellen – auch von Dritten – hat das Ministerium längst angekündigt, sie sind Teil des bereits laufenden Prozesses. All dies ist erkannt und wird nun Zug um Zug abgearbeitet. Dafür braucht es wirklich keinen neuen Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Eindrücke und Folgen der Hochwasserkatastrophe werden uns noch sehr lange beschäftigen. Aber vor allem werden sie die betroffenen Bürger noch sehr lange begleiten. Deswegen müssen wir alle Hebel zum Schutz der Bevölkerung in Bewegung setzen. Durch mehr Klimaresilienz, sorgfältige Frühwarnsysteme und ökologischen Hochwasserschutz wird es uns gelingen, nachhaltige Konsequenzen aus der Krise zu ziehen.

Wir stimmen für die Überweisung in den Umweltausschuss, um die Diskussion dort zu vertiefen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Frau Vogelheim. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Brockes.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung plant die Erweiterung des Pegelmessnetzes auf Grundlage eines Gutachtens. Bereits jetzt tragen auch Wasserverbände, Kommunen und private Initiativen zur Erweiterung des Messnetzes bei. Allerdings findet bislang kein weitreichender Austausch der Daten statt.

Die SPD fordert einheitliche Standards, um die Vernetzung der Messstellen sicherzustellen. Die gewonnenen Daten sollen via Open Data für jedermann frei zugänglich sein. Kommunen und Ehrenamtler sollen bei der Einrichtung von Messstellen finanziell unterstützt werden.

Das LANUV hat nach dem Hochwasser umgehend eine Schadensaufnahme durchgeführt. Diese hat gezeigt, dass in der Eifel einige Pegel nachhaltig be-

schädigt sind. Derzeit sind 37 Pegel – sowohl Hochwassermeldepegel als auch wasserkundliche Pegel – in einem Zustand, der für den langfristigen Betrieb ungeeignet ist. Nach dem Hochwasser wurden diese Pegel kurzfristig so weit hergerichtet, dass sie zumindest vor Hochwasser warnen können. Für die Rückkehr zu einem langfristigen Pegelbetrieb sind weitere technische und oft auch bauliche Maßnahmen erforderlich. Die Datenverfügbarkeit ist, wie eingangs beschrieben, an allen betroffenen Hochwassermeldepegeln grundsätzlich wiederhergestellt.

Nach der Veröffentlichung des Gutachtens, so die Landesregierung, sollen weitere Pegelmessstellen folgen. Darüber hinaus hat die Landesregierung angekündigt, die Datenverfügbarkeit der Messstellen zu verbessern. Außerdem will das Land dafür sorgen, dass alle wasserwirtschaftlichen Daten leicht zugänglich und nahezu in Echtzeit frei zur Verfügung gestellt werden.

Dieses Vorgehen begrüßen wir insgesamt. Aber jetzt, über ein Jahr nach der Katastrophe – ich glaube, das Gutachten ist vor etwa einem Jahr in Auftrag gegeben worden – ist es auch an der Zeit, dass das Gutachten endlich vorgelegt wird und wir zur Umsetzung dieser dringend notwendigen Maßnahmen kommen.

Gerne können wir im Ausschuss darüber diskutieren, wie man die Pegelmessnetze auch mit privaten Pegeln besser vernetzen kann oder wie die gewonnenen Daten für weitere Akteure wie private Initiativen und Kommunen zugänglich gemacht werden können. All das ist nämlich wichtig und sinnvoll, um unsere Bürgerinnen und Bürger in Zukunft besser vor solchen Katastrophen zu schützen. Deshalb stimmen wir der Überweisung und der weiteren Beratung im Ausschuss zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und René Schneider [SPD])

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die AfD spricht der Abgeordnete Herr Keith.

**Andreas Keith** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! 10 Milliarden Euro in zehn Jahren – dies fordert der Bundesrat für einen dringend benötigten Stärkungspakt Bevölkerungsschutz. Und was macht die Ampelregierung in Berlin? Sie plant, die Mittel für den Katastrophenschutz massiv zu kürzen.

Erst nach einem Aufschrei der Feuerwehrverbände und des Technischen Hilfswerks gönnt sie dem Katastrophenschutz fürs kommende Jahr nun doch 80 Millionen extra, rund einen Euro pro Bundesbürger. Das sollte man im Kopf haben, wenn sich

Annalena Baerbock in Ägypten dafür feiern lässt, dass angeblich stark von Klimakatastrophen betroffene Regionen dieser Welt fortan Geld von der Weltgemeinschaft erhalten, also, wie üblich, vor allem von Deutschland. Die Chinesen und die Inder haben bei der Finanzierung nämlich bereits abgewunken. Hier in Deutschland ist der Ampel allerdings die Sanierung des desolaten Bevölkerungsschutzes ein Jahr nach der Jahrhundertflut nur ein Almosen wert.

In NRW beantragt die SPD nun, das Pegelmessnetz zu erweitern. Tatsächlich sind 37 der insgesamt 293 Pegel in NRW nach wie vor noch nicht vollständig betriebsfähig. Natürlich kann man jetzt darüber streiten, ob man die Pegel als „betriebsfähig“, „einsatzfähig“ oder „katastrophenfähig“ bezeichnet. Den Menschen an den betroffenen Flüssen allerdings hilft diese Diskussion wenig.

Das passt aber zu einer Partei, die in Rheinland-Pfalz gerade den Rücktritt ihres Innenministers erlebt hat. Dem SPD-Minister Lewentz wurde Untätigkeit in der Katastrophennacht und Verschleierung bei der Aufarbeitung der Flutkatastrophe vorgeworfen. Damit hat die SPD aber kein Alleinstellungsmerkmal. Ob Rot-Grün in Rheinland-Pfalz oder unsere Sangria schlürfende CDU/FDP-Mallorca-Party-Truppe aus NRW inklusive der noch amtierenden Ministerin Scharrenbach – niemand aus den etablierten Parteien hat sich bei der Aufarbeitung der Flutkatastrophe mit Ruhm bekleckert.

Aber was brauchen wir wirklich neben solchen völlig unsinnigen Anträgen der SPD, um unsere Bürger zukünftig besser vor Naturkatastrophen schützen zu können? Damit wir nicht länger nur reagieren, sondern auch im Vorfeld agieren können, brauchen wir Deiche, Sperrbauwerke und an den nachgewiesenen kritischen Stellen Rückstauklappen und Hebeanlagen. Weiterhin benötigen wir Rückzugsräume für Wasser, einen naturnahen Wasserbau, ein intelligentes Talsperrenmanagement und ein risikogerechtes Baurecht.

Vor allem brauchen wir eine viel, viel schnellere Meldkette. Es ist völlig unverständlich, warum in den zuständigen Behörden und Ministerien nicht die Alarmglocken läuten, wenn der Deutsche Wetterdienst vor Starkregen mit 150 l/m<sup>2</sup> warnt. Schon die Starkregenereignisse vom 13. auf den 14. Juli in Altena und Hagen hätten Warnung genug sein müssen, um die Menschen einen Tag später in der Eifel und der Ahrregion zu warnen.

Ich bleibe dabei: Die Bevölkerung hätte besser informiert, gewarnt und wo notwendig evakuiert werden müssen. Das hätte sehr wahrscheinlich nichts an den Schäden in der Flutnacht geändert, aber wir müssten dann heute nicht 49 Todesopfer in Nordrhein-Westfalen beklagen.

(Beifall von der AfD)

Noch mal: Ja, natürlich brauchen wir einen Pegelmessnetz auch für die kleineren Flüsse. – Das ist aber eben längst nicht alles. Ihr Antrag trägt zum zügigen Ausbau des Messnetzes auch nichts bei. Der Antrag bleibt unausgereift, die Forderungen sind unsinnig und weit hinter dem, was wir eigentlich brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Danke, Herr Keith. – Für die Landesregierung spricht nun Minister Krischer.

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der SPD-Fraktion ausgesprochen dankbar, dass sie der Landesregierung und damit mir die Gelegenheit gibt, darzustellen, was infolge des katastrophalen Hochwasserereignisses im Juli letzten Jahres notwendig ist: Der Hochwasserschutz muss eine höhere Priorität bekommen, und wir müssen uns dieser Aufgabe neu stellen.

Die Landesregierung tut das mit absoluter Priorität.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir arbeiten daran. Weil die Klimakrise dazu führt, dass wir mit solchen Ereignissen leider regelmäßig rechnen müssen, werden wir sie zwar nicht verhindern können, wir werden nicht alles lösen können, aber wir werden hoffentlich helfen, ihre Auswirkungen und vor allen Dingen den Verlust von Menschenleben und diese riesigen materiellen Schäden zu vermeiden.

Dazu ist ein wesentliches Element – im 10-Punkte-Plan, den die Landesregierung beim Thema „Hochwasserschutz“ abarbeitet, steht es ganz vorne – der Ausbau des Pegelsystems. Ich will hier noch einmal klarstellen: Es gibt in Nordrhein-Westfalen derzeit 293 Pegelmessstationen. Auch wenn die SPD-Fraktion in ihrer Pressemitteilung – Herr Schneider, in Ihrer Rede haben Sie das nicht getan; ich habe sehr genau zugehört – behauptet, einzelne seien nicht funktionstüchtig, sage hier ganz klar: Alle sind funktionstüchtig.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Dafür hat die Landesregierung gesorgt. Nach dem Hochwasserereignis waren einige nicht nur kaputt, sie waren gar nicht mehr da. Fahren Sie mal nach Gemünd in der Eifel. Die Pegelmessstelle, die dort ursprünglich war, gab es überhaupt nicht mehr. Die ist weggespült worden, und es war ein riesengroßer Kraftakt, es wieder aufzubauen und das Pegelsystem wieder auf das Niveau zu heben.

Das reicht aber natürlich nicht aus. Wir haben insgesamt 37 Messstationen, die sehr wohl funktionstüchtig sind, aber noch nicht den zukünftigen Anfor-

derungen entsprechen. Das ist so, als würden Sie ein Handy benutzen, das drei Jahre alt ist. Es entspricht nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Handy, ist aber sehr wohl funktionstüchtig.

Deshalb haben wir unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen das Geld bereitgestellt, um das Pegelmesssystem auszubauen. Wir tun – deshalb verstehe ich Ihren Antrag überhaupt nicht – genau das, was Sie beantragen. Wir werden selbstverständlich das Pegelsystem ausbauen. Wir haben das Geld zur Verfügung gestellt. Das bezweifeln Sie auch gar nicht. Das Einzige, was Sie jetzt noch kritisieren, ist, dass es keine eigens ausgewiesene Haushaltsstelle gibt. Wenn das die Kritik ist, meine Damen und Herren: So what?

(René Schneider [SPD]: Dann machen Sie es doch!)

Das Geld ist da, aber es fehlt vielleicht noch die konkrete Haushaltsstelle. Das ist der einzige Punkt, der Ihnen am Ende aus Ihrer großen Kritik noch übrig geblieben ist.

Was wir machen, ist, einen einheitlichen Standard einzuführen. Das ist dringend notwendig. Es ist völlig klar, dass das gemacht werden muss. Es steht in Ihrem Antrag, es steht in jedem Konzept, und das wird gemacht. Wir werden es selbstverständlich mit Open Data machen, sodass alle darauf zugreifen können. Das ist völlig selbstverständlich und steht in dem Bericht der Landesregierung. Das können Sie nachlesen. Sie fordern hier die Landesregierung auf, sie solle das tun. Ich verstehe gar nicht, warum Sie das beantragen. Auch dass wir alle unterstützen, die sonst noch im Hochwasserschutz und im Wassermesswesen unterwegs sind, ist eine Selbstverständlichkeit.

Meine Damen und Herren, deshalb ist Ihr Antrag eine gute Gelegenheit für mich, darzustellen, dass diese Landesregierung sich der Herausforderung stellt und mit dem Wiederaufbau und dem Ausbau des Pegelnetzes die ersten wichtigen Schritte geht.

Damit ist das Thema „Hochwasserschutz“ noch lange nicht abgearbeitet – wir haben noch eine ganze Menge mehr Baustellen; das ist völlig klar –, aber wir gehen diesen Weg, und wir stellen Nordrhein-Westfalen so auf, dass wir im Hinblick auf zukünftige Hochwasserkatastrophen die Defizite angehen, die deutlich geworden sind, die aber auch erst dadurch, dass wir seit relativ kurzer Zeit mit diesen Starkregenereignissen konfrontiert sind, offenbar geworden sind. Hier sind wir unterwegs. Dazu braucht es ...

**Präsident André Kuper:** Herr Minister, es gibt den ...

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: ... keine Anträge der SPD-Fraktion. Dazu braucht es die Arbeit dieser Landesregierung, und die wird gemacht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der SPD. Lassen Sie die zu?

**Oliver Krischer,** Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Es war jetzt eigentlich zu Ende.

**Präsident André Kuper:** Okay, vielen Dank. Die Zwischenfrage wurde nicht zugelassen.

(René Schneider [SPD]: Da muss die Angst groß sein vor einer Nachfrage! Souverän ist anders, Herr Minister!)

Damit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/1689 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe dann auf:

## **8 Die Gewinnung heimischer Gasvorkommen für mehr Versorgungssicherheit und Klimaschutz ergebnisoffen prüfen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1665

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Brockes.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben gerade einen LNG-Boom. Der Wegfall des russischen Gases treibt die Nachfrage auf den Energiemärkten. Die Kosten des LNG-Booms sind erheblich. Die Ausgaben für die Errichtung der Terminals haben sich verdoppelt, und die Mietzeiten sind von 10 auf 15 Jahre gestiegen. LNG kann deshalb nur ein Baustein unserer Energieversorgung sein. Heimische Energieträger gehören